

Förderung von Alternativen zum Zivildienst

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Dialog mit den Betroffenen - insbesondere den Zivildienstträgern - Alternativen zum Zivildienst zu entwickeln.

Begründung:

Durch den angekündigten Wegfall des Wehrdienstes steht auch der Zivildienst auf der Kippe. Soziale Einrichtungen, denen es an Geld mangelt, sind auf Zivildienstleistende als „billige Arbeitskräfte“ angewiesen.

Als Ersatz für den Zivildienst könnte das freiwillige soziale Jahr gefördert werden. In diesem sammeln junge Menschen Erfahrungen, die es im „normalen“ Berufsleben nicht gibt. Dadurch können Vorurteile gegenüber behinderten, alten und kranken Menschen abgebaut und soziales Denken gefördert werden.

Gleichzeitig ist es nötig aus den ehemaligen Zivildienst-Stellen Arbeitsplätze entstehen zu lassen.